



THEMEN / GLOBALE ZUSAMMENARBEIT

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Von Naturereignis zu Naturkatastrophe

Wenn die medizinische Versorgung und die sanitären Einrichtungen schlecht sind, wird ein Hochwasser oder ein Erdbeben schnell zur Katastrophe. Doch vielen Entwicklungsländern fehlt für diese Versorgung das Geld.



Das Hochwasser in Süd- und Ostdeutschland in diesem Sommer hat acht Todesopfer gefordert. Bei den Überschwemmungen in Pakistan im Juli und August 2010 sind 1700 Menschen ums Leben gekommen. Dabei ist die Gefährdung durch Naturkatastrophen in beiden Ländern vergleichbar: Etwa elf Prozent der Deutschen und der Pakistaner leben in Regionen, die Naturgefahren besonders stark ausgesetzt sind.

Hochwasser, Erdbeben, Wirbelstürme oder Dürren sind zunächst einmal Naturereignisse. Ob sie zur Katastrophe für die betroffene Region werden, hängt davon ab, wie gut ein Land auf derartige

Ereignisse vorbereitet ist. Das ist die Kernaussage des [Weltrisikoberichts 2013](#), der am Mittwoch (04.09.2013) in Bonn vorgestellt worden ist.



Haiti hat die höchste Cholera-Infektionsrate der Welt

"Das Ausmaß der Schädigung von Menschen während einer Katastrophe hängt maßgeblich davon ab, wie es um den Gesundheitszustand der Bevölkerung steht. Und wie gut die medizinische Versorgung auch in Krisen- und Katastrophensituationen funktioniert", so Peter Mucke, Geschäftsführer des [Bündnisses Entwicklung Hilft](#), das den Weltrisikobericht herausgibt. "Wer im Falle eines extremen Naturereignisses weiß, was zu tun ist, hat

höhere Überlebenschancen", so Mucke weiter. Als Beispiel führt er den Umgang mit Seuchengefahren an, zum Beispiel Cholera: "In Regionen, in denen Infrastruktur und Hygiene ein Problem sind, muss man in Katastrophensituationen damit rechnen, dass es zu einer Choleraepidemie kommen kann. Darauf kann man sich vorbereiten." Die Folgen der mangelnden Vorbereitung kann man in Haiti beobachten. Bis zu dem Erdbeben 2010 galt das Land als Cholera-frei. Heute hat es die höchste Infektionsrate der Welt.

770 Millionen Menschen ohne Zugang zu sauberem Wasser

Dabei sei Prävention nicht teuer, rechnet Mucke vor: "Eine Schultoilette in Kenia kostet zwischen 475 und 950 Euro. In Äthiopien kostet ein Brunnen für achtzig Familien 1900 Euro." Umgerechnet koste die Versorgung einer sechsköpfigen Familie mit Brunnenwasser 24 Euro im Jahr. Doch anstatt vorzubeugen, würden die Verantwortlichen oft erst eingreifen, wenn es zu spät sei, kritisiert Mucke.



Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist entscheidend für die Eindämmung von Krankheiten

Der Zugang zu sauberem Trinkwasser und vor allem zu sanitären Einrichtungen ist

entscheidend für die Hygiene und damit für die Eindämmung von Krankheiten. Aber noch immer haben fast 770 Millionen Menschen weltweit keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und rund 2,5 Milliarden Menschen verfügen nicht über angemessene sanitäre Einrichtungen. "Die Verrichtung der Notdurft ohne jede sanitäre Infrastruktur ist der 'worst case' sanitärer Bedingungen", sagt Thomas Kistemann vom Institut für Hygiene und Öffentliche Gesundheit der

Universität Bonn.

Eine Milliarde Menschen verrichten ihre Notdurft täglich ohne sanitäre Einrichtungen, zwei Drittel davon allein auf dem indischen Subkontinent, so Kistemann weiter. Das führe beispielsweise am Dorfrand zu "direktem Kontakt mit den Fäkalien anderer Menschen". Es bedeute "keine Möglichkeit der anschließenden Körperreinigung, keine Möglichkeit der Händehygiene, Kontamination der Umwelt, des Wassers, der Lebensmittel, aber auch der Luft", erläutert der Mediziner und Hygieneexperte. Daher sei die Verbesserung der Wasserversorgung und der sanitären Infrastruktur "eine wichtige Herausforderung in der medizinisch-gesundheitlichen Entwicklungszusammenarbeit", so Kistemann.

Globale Solidarität gefordert



Wo es keine Sanitäranlagen gibt, werden Abwässer und Fäkalien oft in offenen Kanälen entsorgt

zum Bündnis Entwicklung Hilft gehört.

Ein weiteres Problem in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern ist der Zugang zum Gesundheitswesen. "Jedes Jahr werden hundert Millionen Menschen in den Ruin getrieben, weil sie privat für die Gesundheitsversorgung für sich selbst, für ihre Kinder und Familien aufkommen müssen. Sie verschulden sich dann, nehmen Mikrokredite auf und kommen aus diesem Teufelskreis nicht mehr heraus", sagt Thomas Gebauer von der Hilfsorganisation Medico International, die

Während der Eigenanteil an den Gesundheitskosten in Deutschland bei gut zwölf Prozent liegt, müssen die Menschen in Ländern wie Nigeria, Indien oder Bangladesch weit über die Hälfte der Kosten aus der eigenen Tasche bezahlen. "Selbst wenn der politische Wille existiert, wären viele Länder im Süden nicht in der Lage, den finanziellen Aufwand zu erbringen, um Vorsorge für die gesamte Bevölkerung zu treffen", sagt Thomas Gebauer. Daher müsse darüber nachgedacht werden, "die internationale Gesundheitsfinanzierung durch verbindliche Ausgleichsfinanzierung sicherzustellen." Mit anderen Worten, die reicheren Länder sollten Mittel bereitstellen, um ärmere Länder bei der Sicherung der Gesundheitsversorgung zu unterstützen.

[DW.DE](http://www.dw.de)

UN ruft Privatwirtschaft zu mehr Engagment bei Katastrophenvorsorge auf
Naturkatastrophen bringen der Privatwirtschaft immer wieder hohe Verluste ein. Dennoch engagieren sich viele Unternehmen nicht im Bereich der Risikoprävention. Ein UN-Bericht zeigt, dass genau dies lohnenswert sein

kann. (27.05.2013)

Die gefährlichsten Länder der Welt

Wie dramatisch die Folgen einer Naturkatastrophe sind, hängt vor allem vom Zustand der Gesellschaft eines Landes ab. Welche Staaten besonders gefährdet sind, zeigt der in Bonn vorgestellte Weltrisikoindex. (12.09.2012)

Datum 04.09.2013

Autorin/Autor Mirjam Gehrke

Redaktion Alexandra Scherle

Teilen [Versenden](#) [Facebook](#) [Twitter](#) [google+](#) [mehr ...](#)

Feedback: [Schreiben Sie uns!](#)

Drucken [Seite drucken](#)

Permalink <http://dw.de/p/19bzO>

MEHR AUS DER RUBRIK



Bundeswehr veröffentlicht Zahl der Taliban-Angriffe nicht mehr

08.01.2014
Bei der Bewertung der Sicherheitslage in Nordafghanistan verzichtet die Bundeswehr künftig darauf, die genaue Zahl der Angriffe durch die Taliban herauszugeben. Kritiker vermuten dahinter politisches Kalkül.



Hoffen auf die Friedenskonferenz

06.01.2014
Immer wieder wurde sie verschoben. Jetzt soll die lange erwartete Friedenskonferenz am 22. Januar 2014 in Montreux beginnen. Wie stehen die Chancen auf eine Einigung und ein Ende des Bürgerkriegs in Syrien?



Deutsche Solarenergie für kolumbianische Dörfer

04.01.2014
Startschuss für das erste deutsch-kolumbianische Klimaschutzprojekt: In der Gemeinde Solano im Departament Caquetá liefert eine deutsche Energiebox sauberen Strom.